



Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt., bei Nachnahme vierteljährlich 20.— Mt., monatlich 30 Pf. Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mt., bei Vorauszahlung 2.30 Mt.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein Aufruf der Flugzeugarbeiter.

Berlin, 15. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Arbeiter- und Angestelltenräte der Flugzeugfirmen Junkers-Deussau, Bolkow-Schwerin, Sablatnik-Flugzeugbau, Klapp Luftverkehr Sablatnik, Deutsche Luftreederei Ems-Mannheim und Deimler Berlin-Marienfelde erlassen einen Aufruf an die Arbeiterschaft Deutschlands, die ihnen in ihrem Kampfe gegen die gänzliche Zerstörung der deutschen Flugzeuge durch die Entente beistehen soll. In dem Aufruf heißt es: Wir sind uns wohl bewußt, daß die frühere kaiserliche Regierung in bezug auf den Krieg große Schulte trägt und das deutsche Volk verpflichtet ist, nach Kräften wieder gutzumachen, was den Nachbarvölkern widerfahren ist. Wir wollen deshalb den Vertrag erfüllen, wie es überhaupt nur Menschen tun können. Aber wir müssen uns entschließen dagegen wehren, daß dieser Vertrag noch schwerer gemacht wird durch Zusätze, die auch die Rechte unseres Wirtschaftslebens hinwegnehmen. Wir verstehen, daß die Entente militärisches Mißtrauen hat, wenn wir an die ewigen Nebensächlichkeiten nationalitätlicher Narren und an die Orgelese und ähnl. Götze, die immer noch bestehen, denken. Aber wir gehen hier vor aller Welt nach bestem Wissen und Gewissen der Überzeugung Ausdruck, daß eine militärische Gefahr aus der Luft in der Tat nicht mehr besteht. Ihr wißt ja, Kollegen, daß bereits 27 000 Flugzeugmotoren und 14 000 Flugzeuge zerstückt wurden, und ihr wißt weiter, daß die wenigen Fabriken, in denen noch Flugzeuge gebaut werden, lediglich Vertiefungsflugzeuge herstellen, die für einen Krieg überhaupt nicht in Frage kommen. Wir geben hier öffentlich die Erklärung ab, daß wir weiterhin eine Fabrikation von Kriegsflyern nicht zulassen werden, und daß wir stets ein wachsame Auge auf alle solche Bestrebungen haben werden. Da dies so ist, wollen wir mit ganzer Kraft dafür eintreten, daß man friedliche Wirtschaftszweige am Leben läßt und sie nicht ausrottet und uns noch weiter in den Abgrund damit treibt. Im vorliegenden Falle kommt hinzu, daß nach reichlicher Prüfung der Angelegenheit eine rechtliche Grundlage für die Entente nicht besteht.

Der Aufruf weist dann weiter darauf hin, daß durch die Vahmlegung der Flugzeugindustrie auch andere Betriebe in Mitleidenhaft gezogen werden, schilbert die Not der Arbeiter in den Industrien jetzt, mitten im Winter, appelliert an das Solidaritätsgesühl der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands, daß sie im Kampfe gegen die Zerstörung der deutschen Flugzeugindustrie mit den Flugzeugarbeitern Schulter an Schulter stehe.

Abbruch des norwegischen Eisenbahnerstreiks.

Kopenhagen, 14. Dezember. Aus Kristiania wird gemeldet, daß die Sitzung der Führer der Arbeiterorganisationen, die gestern abend stattfinden sollte, um über die eventuelle Ausdehnung des gegenwärtigen Streiks der Eisenbahnbeamten Beschlüsse zu fassen, bis auf weiteres vertagt wurde. Dies wird als Anzeichen dafür angesehen, daß Versuche gemacht werden, im Eisenbahnerstreik eine friedliche Lösung herbeizuführen. Es verlautet, daß das sozialdemokratische Mitglied des Storting, Plan, gestern nachmittag mit Mitgliedern der Regierung eine Besprechung hatte.

Christiania, 14. November. Die Frage der Beendigung des Eisenbahnerstreiks wird durch Urabstimmung entschieden. Das Ergebnis der Abstimmung soll Mittwochabend vorliegen. Wahrscheinlich wird der Eisenbahnverkehr Donnerstag wieder aufgenommen werden.

Erneute Verhaftung von Getreideschiebern.

Der „unschuldige“ Hokrat auf der Flucht. Dresden, 14. November. Wie den Dresdner Nachrichten von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, sind der Geschäftsführer der Wareneinfuhrergesellschaft Böttcher u. Co., der daran beteiligte Kaufmann Fehler und der Kaufmann Paul Hiltbrandt, erneut verhaftet worden.

Hokrat Rosenhath, einer der Hauptbeschuldigten in der großen Getreideschlebung, ist am Montag im Auto entflohen. Es ist ein Haftbefehl hinter ihm erlassen und sein Vermögen beschlagnahmt worden.

Aussicht auf baldigen Frieden mit Amerika.

Genf, 14. Dezember. Der amerikanische Senator Mac Cormick traf von Paris kommend, in Genf ein, wo er am Montag auf der Drehtreppe der Völkerbündungsversammlung beiwohnte. Nach dem Journal de Genève erklärte er u. a., es sei nicht ausgeschlossen, daß Senator Knox unter der neuen Präsidentschaft Staatssekretär würde und dann den Friedenszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland herbeiführen werde. Da Deutschland niemals an Amerika den Krieg erklärt habe, genüge eine einseitige Erklärung der Vereinigten Staaten, die sich dann dem Berliner Vertrag anschließt, um ein Friedensverbot zu sein und der amerikanische Senat die Politik des Landes diesem Vertrag gegenüber festzulegen habe.

Für die ungarischen Volkskommissäre!

Für eine politische Amnestie!

Das ungarische Ausnahmegericht steht im Begriff, zehn Mitglieder der gewesenen ungarischen Sowjetregierung zum Tode durch den Strang zu verurteilen. In einer länger als vier Monate währenden Verhandlung, die in der Gegenwart von Offizieren stattfand, die, mit Handgranaten und Knüppeln bewaffnet, schon durch ihre Anwesenheit einen Druck auf das Gericht ausübten, ist die Entscheidung so erfaßte Gericht außerordentlich geübt haben, in einer Verhandlung, wo die Verteidiger, die sich die Angeklagten selbst erwählten, eingeschüchtert, dann vertrieben wurden, wo den Angeklagten als Verteidiger nur ausgesprochene Politiker und Klassengegner überlassen wurden, konnte den zehn Volkskommissären keine einzige persönliche Verfehlung, kein Mißbrauch ihrer Amtsgewalt zu persönlichen oder eigennütigen Zwecken nachgewiesen werden, so daß der zu ihrer moralischen und physischen Vernichtung unternommene Prozeß ihre persönliche und politische Ehre vollständig herstellte.

Trotzdem sollen diese Männer ihr teils der Wissenschaft, teils der gewerkschaftlichen und politischen Organisierung der Arbeiterklasse gewidmetes Leben am Galgen beenden, trotzdem sollen sie eines entehrenden Todes sterben. Gegen sie wurde die Anklage des Mordes erhoben. Als der Mord, den sie begangen haben sollen, wird die Tatsache verwendet, daß sie Mitglieder einer revolutionären Regierung waren, die das Ständerecht verurteilte, die die Einsetzung revolutionärer Gerichte anordnete. In der Verhandlung wurde schließlich nachgewiesen, daß die angeklagten Männer an diesen Verordnungen keinen Anteil hatten, daß die meisten von ihnen erst nachträglich Kenntnis erhielten, daß diese Verordnungen erlassen worden sei, daß sie an der politischen Führung der Regierungsgeschäfte gar nicht oder kaum beteiligt waren, daß sie mit allem ihren Einfluß alle terroristischen Maßnahmen bekämpften, daß mehrere von ihnen ihre Stellungen nur auf dringliche Intervention von Ententebevollmächtigten beibehielten, um einen maßgebenden Einfluß zu nehmen auf die linksstehenden kommunistischen Führer. Es wurde festgestellt, daß der Universitätsprofessor Peter Agothon als Minister des Innern und der Metallarbeiter Josef Haubrich als Kriegsgminister auf den ausdrücklichen Wunsch des Wiener englischen Militärbevollmächtigten Obersten Cunningham und des italienischen diplomatischen Vertreters Prinzen Livio Borghese aus der Regierung in das neue Ministerium übergetreten sind, um eine menschliche Liquidierung der Räteherrschaft zu ermöglichen und das fürchterliche Gemetzel in Budapest zu verhindern, das damals zu befürchten war, und daß sie diese ihnen übertragenen Aufgaben ehrenhaft vollzogen haben. Und nun, weil sie ungezählten Tausenden das Leben gerettet hätten sie das Ihre auf schamvolle und unehrenhafte Weise verlieren.

Wir erheben gegen dieses geplante Todesurteil, erheben gegen seine Vollstreckung im Namen der Menschlichkeit, der Barmherzigkeit und Gerechtigkeit klammernden Protest und fordern alle freilebenden denkenden Menschen in der ganzen Welt auf, sich unserem Protest anzuschließen, damit die ungarische Regierung gewahrt werde, daß der geplante Justizmord auf die einstimmige Mißbilligung aller gerecht und human denkenden Menschen der ganzen Kulturwelt stößt. Es ist hier nicht unfers Amtes und liegt nicht in unserm Willen, mit unserm Protest in den Kampf zwischen sozialistischer und bürgerlicher Weltanschauung oder in das Ringen sozialistischer Richtungen einzugreifen, für oder wider die Sowjetregierung Stellung zu nehmen, sondern wir erheben unsere Stimme nur, um zum Ausdruck zu bringen, daß das öffentliche Gewissen der Menschheit trotz aller Zerklüftung darin einig ist, den im Kampfe besiegten politischen Gegner den unterlegenen Revolutionär als einen gemeinen Verbrecher zu behandeln und für politische Verbrechen die Todesstrafe zu verhängen. Ist die Todesstrafe allen Humanen denkenden an sich ein Grauel, so ist sie hundertfach verwerflicher, wenn sie gegen Menschen angewendet werden soll, die sicherlich aus idealen und politischen Motiven gehandelt haben und inmitten des Kampfes besiegte wurden. Es ist, wenn auch nicht gerecht, doch begreiflich, wenn der im Bürgerkrieg auf der Stelle ertappte Gegner getötet, wenn in dem ersten Aufwallen des Zornes, des Hasses, der in den revolutionären Kämpfen besiegte Feind „an die Mauer gestellt wird“. Aber es gibt keine Entschuldigung, es kann kein Verstehen geben für ein Morden, das sechzehn Monate nach dem Sturz der ungarischen Sowjetherrschaft noch immer weiter wütet, das ungezählte Tausende auf den Galgen und in die Kerker wirft und das in seiner Unerklichkeit weder von Zweckmäßigkeit noch von Gerechtigkeit, sondern nur von den gewalttätigsten Racheinstincten und Ausrottungsplänen geleitet wird.

Wir richten an die ungarische Regierung die Aufforderung, daß sie mit diesem blutigen Werk ein Ende mache und mit der Begnadigung der Volkskommissäre das so notwendige Werk der Versöhnung in die Wege fette. Wir wenden uns an alle menschlich denkenden Führer des ungarischen politischen und geistigen Lebens selbst mit der Bitte, sie mögen ihren ganzen moralischen und persönlichen Einfluß ausbieten, daß ihrer Nation diese Schmach nicht angetan werde, daß diese blutige Tat des Hasses und der Rache eingestrichelt werde! Wir appellieren an die ganze ungarische Nation, die selbst als Besiegte aus der großen Weltkriege herausgegangen ist und die eine bessere Zukunft nur von der Rückkehr der Barmherzigkeit, Gerechtigkeit und Milde in den internationalen Angelegenheiten erhoffen kann, die aber das Recht, für sich Gerechtigkeit zu fordern, verwirkt, wenn sie gegenüber den eigenen Nationengenossen nicht einmal Gnade walten lassen kann oder will.

Darum wünschen wir, daß unser Ruf: Keine Todesurteile für politische Verbrechen! Amnestie für die besiegten Revolutionäre! in Ungarn erhört werde und mit der Begnadigung der Volkskommissäre der erste Schritt zu einer Politik der Versöhnung und friedlichen Ausgleichung erfolgen möge.

Für England:

B. Shaw, G. H. Wells, Henry Noel Brailsford, W. R. Smith, M. B. George Dallas, Sekretär der Landarbeiterorganisation, Alexander Gordon-Cameron, Sekretär der Zimmermannorganisation, Charles Robert Burton, John Hobson, W. Harris von der Bergarbeitergewerkschaft, Kamian Macdonald Arnold Bennett, Schriftsteller, Grant Hodnes, Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft, J. H. Thomas, Mitglied des Parlaments, Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft, G. H. Stuart-Bunning, Normann Angell, Robert William, Sekretär der Transportarbeitergewerkschaft, A. G. Gardner, William Adamson, Mitglied des Parlaments, Thomas Shaw, Parlamentsmitglied, Sekretär der internationalen Textilarbeitergewerkschaft, Sidney Webb, Beatrice Webb, George Lansbury, Chefredakteur des Daily Herald, E. D. Morel, Arthur Henderson, John Robert Clynes, R. P. C. P. Scott, Redakteur der Manchester Guardian, Stuart Hodgkin, Redakteur der Daily News, E. D. H. Cole, Robert Smillie, Philip Snowden, Ethel Snowden, Charles Trevelyan.

Für Frankreich:

Jean Longuet, Romain Rolland, Henri Barbusse, A. L. Krassard, Pierre Renaudel, Ferdinand Bissot, Präsident der Liga der Menschenrechte, Gouttemire de Tsutin, Sekretär der republikanischen Vereinigung der alten Frontkämpfer, Viktor Gash, Professor der Universität Paris.

Für Belgien:

Emil Vandervelde, Minister für Justiz, Camille Huysmans, Sekretär.

Für Holland:

Edo Timmen, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Troetska, J. M. Antersmit, Chefredakteur vom Het Volk, Leo Pollak, Privatdozent der Philosophie an der Universität Amsterdam, Bertram Arz.

Für die Tschechoslowakei:

Franz Tomasek, Präsident der Nationalversammlung, Oswald Hillebrand, Wladimir Luxar, Ministerpräsident a. D., Karl Czerma, Anton Remec, Josef Stivin.

Für Deutschland:

Professor Lujo Brentano, Hans Deibredt, Ernst Troelsch, Walter Schilling, Albert Einstein, Nicolai, Maximilian Harden, Heinrich Mann, Bernhard Kellermann, für den Deutschen Gewerkschaftsbund Karl Legien, Rudolf Wissel, Gertrud Hauns, Johannes Sassenbach, Paul Umbreit, weiter Konrad Haugmann, Mitglied des Reichstages, Löbe, Präsident des Reichstages, Severing, preussischer Minister, Hermann Müller, Reichskanzler a. D., Gustav Bauer, Reichskanzler a. D., Georg Ledebour, Wilhelm Crispian, Rudolf Hifferding, Rudolf Breitscheid, Edward Bernstein, Philipp Scheidemann, Otto Weis, Georg Gradnauer, Irene Lorbes-Mosse.

Für Dänemark:

Georg Brandes.

Für Österreich:

Karl Seif, Abgeordneter, Professor Dr. Sigmund Freud, die Abgeordneten: Friedrich Adler, Friedrich Austerlich, Otto Bauer, Karl Renner, Ferdinand Starz, Franz Domes, Obmann der Gewerkschaftskommission, Anton Hueber, Sekretär der Gewerkschaftskommission.

Für Italien:

Die Abgeordneten Turati, Frampolini, Trebes, Modigliani.

Für Ungarn:

Professor Oscar Sarti, Ernst Garai, Paul Seude.